

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen...

Posener Zeitung

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen...

Nr. 331

Freitag, 13. Mai.

1892

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

62. Sitzung vom 12. Mai, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.) Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung der Landgemeindevorordnung für Schleswig-Holstein.

Abg. Graf zu Limburg-Stirum (kons.) hebt das Bedenken gegen die Einführung der Landgemeindevorordnung in Schleswig-Holstein hervor, daß die Neuordnung der Kommunalsteuer eine Aenderung der Wahlberechtigten herbeiführen werde...

Minister Herrfurth hebt den Bedenken des Vorredners gegenüber hervor, daß es durch eine Bestimmung in dem Gesetze den Gemeinden überlassen sei, die bisherige Art der Besteuerung bis zum Jahre 1897 beizubehalten.

Die Vorlage wird nach den Kommissionsbeschlüssen mit einem redaktionellen Antrage Ottens (natl.) zu § 117 angenommen.

Es folgt die dritte Berathung der Berggesetznovelle.

Abg. Szmla (Ztr.): Betreffs unserer Resolution, die eine Enquete über die Arbeitszeit der Bergarbeiter verlangte, erklärte der Minister in der zweiten Lesung, daß die Verhältnisse in dieser Beziehung vollständig klar seien.

Abg. Dr. Schulz (Wochum natl.) polemisiert gegen die Zentrums- presse, von der er bei den Vergleuten auf das Schwerste verdächtigt würde.

Abg. Dasbach (Ztr.) hebt gegenüber den vom Vorredner gegen die Zentrums- presse gemachten Vorwürfen das Verhalten der 'Kölnischen Zeitung' hervor, welche dem Centrum vorgeworfen habe, daß es seine Anträge nur eingebracht habe, um Geschäfte bei den Wahlen zu machen.

werden, wenn sie dies Geschäft lassen würden. Ihnen schließen sich die katholischen Priester und Männer wie Abg. Stöbel an. Das ganze Auftreten des Centrum ist aufhebend und hochmüthig.

Abg. v. Carlinski (Pole) erklärt die Fassung, die die Vorlage in der zweiten Berathung erhalten habe, für eine Verschlechterung. Man hätte den Arbeitern nicht einen genügenden Schutz in Aussicht stellen sollen, wenn man die Versprechungen nicht halten wollte.

Abg. v. Bockelberg (kons.) tritt der Ansicht entgegen, als ob die Konservativen die Arbeiterinteressen nicht wahrgenommen hätten. Diesen Interessen tragen aber schon die Kommissionsbeschlüsse Rechnung.

Minister Herr v. Berlepsch weist mit Entschiedenheit den in der Presse erhobenen Vorwurf zurück, daß die Regierung im Laufe der Verhandlungen ihre Stellung geändert habe.

Die Bestimmung und Enttäuschung, die sich der Bergarbeiter bemächtigt haben soll, ist unberechtigt. Sie könnte sich nur auf den Achtundentag beziehen.

Abg. Hise (Ztr.) spricht die Hoffnung aus, daß das Institut der Gewerbegerichte auch für den Bergwerksbetrieb eingeführt werden möge, nachdem das Institut der Arbeiterausschüsse nur im geringen Umfange Eingang gefunden habe.

behaupten, daß gar keine Mißstände bestehen. Haben Sie denn die große Erscheinung vergessen, als 100 000 Mann wie ein Mann aufstanden? Kann man das eine Wache nennen?

Abg. Dr. Lieber (Ztr.) Der Minister darf sich nicht wundern, wenn im Lande der Glaube verbreitet ist, daß ein neuester Kurs den neuen Kurs ersetzt habe, da die Regierung nichts gethan hat, um den Zentrumsanträgen auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage zur Annahme zu verhelfen.

Abg. Gberth (H.): Auch wir, die wir augenblicklich nur eine kleine Partei sind, lassen uns nicht den Vorwurf der Agitation gefallen. Wärdten wir noch recht oft in die Lage kommen, für die Regierungsvorlage eintreten zu können.

Abg. Graf zu Limburg-Stirum (kons.) verteidigt die Stellungnahme seiner Partei, die sich bei jedem Paragraphen, bei jedem Antrage von der Erwägung leiten lasse, ob die Sache praktisch ist.

Abg. Ritter hält an seiner Behauptung fest, daß das Centrum herrschsüchtig sei. Die freikonervative Partei habe denselben Antheil an der Sozialpolitik wie die Reichspartei.

Die allgemeine Besprechung ist geschlossen.

In der Spezialberathung werden die §§ 80 (Verhältnis der Bergarbeiter zu den Besitzern) und 81 (Verpflichtung zur Aufstellung einer Arbeitsordnung) debattellös angenommen.

Zu § 80b (Inhalt der Arbeitsordnung) liegt ein von freikonserverativen Abgeordneten eingebrachter Antrag Engels vor, wonach die Arbeitsordnung auch eine Bestimmung enthalten soll über die Beurkundung und Bekanntmachung des abgeschlossenen Gedinges.

Abg. Engels (Ztr.) befürwortet seinen Antrag, der den bestehenden Verhältnissen durchaus Rechnung trage.

Abg. Hise bemerkt, daß die Behauptung, es bestände diesem Gesetze gegenüber ein Artell, durch die Stellung der Parteien zu diesem Paragraphen bestätigt würde.

Abg. Schmieding (nl.) hält dem Abg. Hise entgegen, daß der Antrag Engels den Intentionen des Centrum durchaus entgegenkomme.

Abg. Dasbach (Ztr.) weist zur Vertbeidigung des Antrages Hise auf die Verhältnisse in England hin, wo die Gedinge schriftlich abgemacht werden müssen.

Abg. Hise bestreitet, daß das Schreibwerk bei Annahme seines Antrages beträchtlich vermehrt werden würde.

Abg. Dasbach erörtert nochmals die Frage des Wagnens. Wenn auch in England thatsächlich genullt werde, so werde dort doch nur die wirklich zu wenig gefestete Förderung abgezogen.

Abg. Dr. Schulz (Wochum) entgegnet, daß Abzüge wegen ungenügender Vorsehung nicht bloß im Bergbau, sondern auch in allen übrigen Gewerben bestehen.

Abg. Dr. Lieber führt an der Hand eines ihm von Professor Brentano zugegangenen Briefes aus, daß das Nullen in England nicht mehr herrsche.

§ 80b wird darauf mit dem Antrage Engels unter Ablehnung des Antrages Hise angenommen, ebenso § 80c (Kontrolle der Bergarbeiter über das Nullen).

§ 80 d enthält Bestimmungen über die Strafgeleider. Dazu liegt ein Antrag Engels vor, welcher verlangt, daß die Strafgeleider nicht bloß an besondere Unterstützungsstellen, sondern auch an die Knappschafftsklassen bezw. die Knappschafftsklassen Krankenkassen abgeführt werden können.

Ein Zusatzantrag Hize will für den Fall, daß die Strafgeleider der Knappschafftsklasse überwiesen werden, die Beiträge der Arbeiter zu dieser Klasse entsprechend herabgesetzt wissen. — Außerdem liegt ein Prinzipalantrag Hize vor, wonach die Strafgeleider nur an besondere Arbeiter-Unterstützungsstellen überwiesen werden dürfen, ebenso die wegen ungenügender Beladung der Fördergefäße in Abzug gebrachten Lohnbeträge, falls dieselben nicht bei der Lohnauszahlung unter der Belegschaft verteilt werden.

Abg. Engels (ft.) führt zur Begründung seines Antrages aus, daß die Knappschafftsvereine die geeigneten Träger der Wohlfahrtsleistungen für die Bergleute seien, denen man das Feld ihrer Tätigkeit nicht noch weiter entziehen sollte. Die ganzen Versicherungsgeleide seien bei den Bergleuten allein deshalb unbeliebt, weil man sie nicht auf den Knappschafftsvereinen aufgebaut habe. Die Arbeiterausschüsse seien nach ihrer ganzen Zweckbestimmung am allerwenigsten geeignet zur Verwaltung von Geldern. Die Vertrauensmänner würden sehr bald das Vertrauen ihrer Wähler verlieren.

Nach kurzer Diskussion wird unter Ablehnung der Anträge Hize § 30 d mit dem Antrage Engels angenommen.

Die §§ 80 e-80 i werden debattelos angenommen. Die weitere Beratung wird auf Freitag 11 Uhr vertagt. (Außerdem: Sekundärbahnvorlage, Antrag Drawe-Neufeld, betr. Bauanlagen in Neuborpommern und Rügen, Stolgebühnengesetz.) (Schluß vor 4 Uhr.)

## Deutschland.

□ **Berlin, 12. Mai.** Eine sehr unerquickliche Debatte hat das Abgeordnetenhaus heute bei der dritten Lesung des Bergwerksgesetzes gehabt. Wer sich über diese Verhandlung freuen kann, ist einzig und allein die Sozialdemokratie. Es macht einen peinlichen Eindruck, die geborne Partei der Unterdrückung, das Zentrum, in der Gloriole der Arbeiterfreundlichkeit glänzen zu sehen, und es wirkt womöglich noch peinlicher, daß die Zentrumsredner sachlich in manchen Beziehungen Recht haben, besser gesagt, daß dasjenige, worin sie Recht haben, gerade von ihnen ausgeführt werden konnte. Die Vorlage, die als technisches Ausführungsgesetz zur Gewerbeordnungsnovelle mit objektiver Zurückdrängung aller wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Voreingenommenheiten hätte fertiggestellt werden sollen, ist im Laufe der Kommissionsberatung und sodann der Plenarberatung bedauerlicherweise zum Spielball politischer Leidenschaftlichkeit geworden. Von dem Urtheil kann weder die Mehrheit noch das Zentrum ausgenommen werden, und der größte Vorwurf trifft die Regierung, die es nicht verstanden hat, für ihre weit zweckmäßigere Vorlage energisch genug einzutreten. Die Regierung hätte es in der Hand gehabt, eine Mehrheit auf ihre in den wesentlichen Beziehungen unverändert zu lassende Vorlage zu vereinigen. Wäre das geschehen, dann hätte das Zentrum zwar nicht aufgehört, die lärmende Politik von unverantwortlichen Volkstribunen zu treiben, aber der Erfolg dieses Ansturms wäre agitatorisch gleich Null gewesen. Heute muß man befürchten, daß der Erfolg durchaus nicht so gering sein wird. Allerdings wird ihn das Zentrum selber nicht einheimen, aber darauf kommt es nicht an. Dem Zentrum mag es schon zu gönnen sein, daß es vergeblich Arbeiterfang treibt. Dagegen wird es nicht der alleinige Verlust für das Zentrum, sondern es wird auch ein Verlust für alle andern bürgerlichen Parteien sein, wenn die Bergarbeiter, aufgerüttelt durch die ultramontane Agitation, dem Zuge ihres Herzens folgen und nun erst recht Sozialdemokraten werden. Verheerungen nach der Art der Herren Dasbach und Hize finden einen bereiten Boden. Auf der anderen Seite müssen Reden, wie die des freikonservativen Abg. Ritter, als Mißgriffe betrachtet werden. Der Abg. Ritter hat sich heute auf den patriarchalischen Standpunkt gestellt, der von allen, in den sozialpolitischen Kämpfen zu wählenden Standpunkten der allerungeeignetste ist. Zustimmung in dessen darf man wohl, bei der heutigen Lage der betreffenden Verhältnisse, den Ausführungen aus der Mitte der Mehrheit über die wirtschaftlichen Folgen eines achtstündigen Maximal-Arbeitstages. Es trifft sich merkwürdig, daß an demselben Tage, wo der Abg. Schulz-Vochum sagt: „Wenn die Arbeitszeit verkürzt wird, so werden die Löhne herabgesetzt werden“, eine Londoner Depesche über ähnliche Äußerungen Lord Salisburys berichtet. Der englische Premier empfing gestern eine Deputation der Londoner Gewerksvereine in Sachen des Achtstundentages. Dabei erklärte er, es sei Grund vorhanden, zu befürchten, „daß mit der Kürzung der Arbeitszeit eine Herabminderung der Löhne verbunden sein würde.“ Der Unterschied zwischen unsern und den englischen Verhältnissen ist leider der, daß dort über solche Dinge in sachlich ruhiger Weise von Ministern und Arbeitern gemeinsam verhandelt wird, während hierzulande die Arbeiter von Herrn Ritter auf die vertrauensvolle Hingabe an die patriarchalische Fürsorge der Arbeitgeber verwiesen werden. Das ist verkehrt, und den demagogischen Künsten des Zentrums muß anders begegnet werden, wenn man Erfolge sehen will. Hoffentlich bringt die weitere Berathung des Berggesetzes nicht wieder so erregte Reden wie die heutigen.

— In Sachen des Gefreiten Lyd wird dem offiziellen „Hamb. Kor.“ aus Berlin geschrieben:

Verbürgte Thatsache ist, daß der Kaiser nach der Besichtigung des 3. Garde-Regiments z. B. am Montag Lyd vortreten ließ und ihm vor dem Regiment seine Anerkennung für sein entschlossenes instruktionsmäßiges Verhalten auf Posten aussprach.

— Ein erstes Lebenszeichen des neuen Kultusministers berichtet die „Danz. Ztg.“

Minister Vosse hat auf eine Eingabe des Pfarrers der St. Josefsgemeinde, Dörs, und einer Anzahl katholischer Familienväter der Stadt Danzig, dahingehend, daß die neue Bezirkschule als katholische Konfessionsschule eingetradet werde, ablehnend geantwortet. „Die dortigen Volksschulen, erklärt der Minister, haben mit Rück-

sicht auf örtliche Verhältnisse, sowie aus schultechnischen und finanziellen Gründen unter Genehmigung der zuständigen Instanzen durchweg einen partikularistischen Charakter erhalten und sich in solcher Verfassung bis jetzt bewahrt.“ Die neue Schule, die der Ueberfüllung zweier partikularistischer Schulen abhelfen sollte, habe also auch nur eine partikularistische sein können. Der Minister erkennt noch besonders an, daß „für die Ertheilung des Religionsunterrichts in angemessener Weise Sorge getragen ist und auch die Hälfte der lehrplanmäßigen Gesamtstunden zur Einübung geistlicher Gesänge in konfessionell getrennten Abtheilungen verwandt wird.“

Zu bemerken ist noch, daß zur Zeit, da Herr Dr. Vosse über die Eingabe zu entscheiden hatte, die neue Schule schon seit Monaten ins Leben getreten war.

— Die Offiziösen der rheinisch-westfälischen Kohlenbarone, allen voran wie immer, wo es sich um irgend eine Niedertracht handelt, die „Köln. Ztg.“, sind seit dem Auftreten Ahlwards schnell bei der Hand gewesen, zwischen diesem Ehrenmanne und Herrn Fußangel Vergleiche anzustellen. Solche frivolen Veruche beantwortet jetzt die „Frankf. Ztg.“ mit folgenden treffenden Worten:

Manchen Deuten ist doch der Ahlwards-Scandal sehr erwünscht gekommen. Niemanden in höherem Maße, als der Klientel des Herrn Baare, die jetzt den Markt mit dem gellenden Jubelruf erfüllt, was Ahlwardt treibe, das habe in gleichem Maße Fußangel getrieben und wer diesem geglaubt habe, brauche sich nicht über jene ehrabschneiderische Tollheit zu entrüsten. Man mag über die Motive, die Fußangel auf dem Kriegspfad gegen Baare und Genossen geführt haben, denken wie man will, die Parallele zwischen ihm und dem tollen Ahlwardt muß man auf das Bestimmteste ablehnen. Das Berliner Gericht hat dem Ahlwardt bescheinigt, daß er auch nicht für eine einzige seiner verleumdnerischen Anklagen gegen die Berliner Stadtverwaltung einen Beweis zu erbringen im Stande gewesen sei, dagegen haben die Verhandlungen im Bochumer Steuerprozeß ergeben, daß Fußangels Angaben zum großen Theile richtig gewesen sind, daß er Mißstände aufgedeckt hatte, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hatten. Und dann die gegen das Bochumer Werk, das unter Baares Leitung steht, wie gegen Baare selbst erhobenen Beschuldigungen — sind sie nicht von ihm unter Beweis gestellt worden und sind seine Beweismittel nicht derartig gewesen, daß der Erste Staatsanwalt in Essen bereits im Januar gegen 17 Angestellte und Arbeiter des Bochumer Werkes die Anklage „wegen wiederholten Betruges und schwerer Urkundenfälschung“ begangen durch „Infertigung und Anwendung falscher Stempel erhoben, neuerdings auch die förmliche Voruntersuchung wegen Meineid gegen Baare eröffnet hat? Die Staatsanwaltschaft hat sich überzeugt, daß auf dem Bochumer Werk Jahre hindurch strafbare Handlungen betrieben worden sind, sie hat die Schuldigen ermittelt und wird demnächst vor dem erkennenden Gerichte im Wesentlichen Alles vertreten, was Fußangel behauptet hat; sie hat ferner starke Gründe des Verdachts gegen Baare und ist im Begriff, deren Stichhaltigkeit zu prüfen. Mögen doch die Dienstbefähigten Baares in Essen und anderswo erst abwarten, ob bei Ahlwards „Ehrabschneiderereien“ gleiche oder nur ähnliche Defekte an Ehrlichkeit zur Enttüllung gelangen, ob es dem Berliner Rektor gleich dem Bochumer Redakteur gelingen wird, der Strafsatz ein so reiches Material zuzuführen, wie es in der Anklageschrift wegen der Bochumer Fallstimmeln und Schienenfälschungen enthalten ist. Mit der Seite einer Parallele zwischen Fußangel und Ahlwardt Herr Baare und seine Leute reinwaschen zu wollen, ist freche Thorheit, die der verdienten Strafe nicht entgehen wird.

— Die Auswanderung über Hamburg nimmt in letzter Zeit in großem Maße zu. Die zur Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft gehörigen Dampfer sind stets bei der Abfahrt, namentlich mit Zwischenpassagieren, voll besetzt. In den letzten drei Tagen der vorigen Woche wurden von der genannten Gesellschaft allein nach Newyork fast 3000 Zwischendeckpassagiere befördert. Die Auswanderer sind nur zu einem Theile Reichsangehörige; ein sehr starkes Kontingent stellen die Länder des europäischen Ostens und Südostens. Mit Reisegeld und Mitteln zur Gründung einer transatlantischen Existenz sind die Leute durchgehends wohl versehen.

**Beuthen (Oberschlesien), 12. Mai.** 30 Bergarbeiterversammlungen sprachen sich in Resolutionen für die Annahme der Anträge des Zentrums zu der Berggesetzsnovelle aus.

**Krefeld, 12. Mai.** Ueber das schreckliche Brandunglück von gestern Abend 11 Uhr wird noch gemeldet:

Von dem fraglichen, in der Poststraße gelegenen Hause ist das Hintergebäude und der Dachstuhl abgebrannt. Die auf dem Speicher schlafende Ehefrau des Strumpfwirker Drossert ist nebst 6 Kindern während des Schlafens in den Flammen erstickt. Der Ehemann Drossert und ein älterer Sohn sind schwer verletzt in das städtische Krankenhaus gebracht worden. Die übrigen Hausbewohner sind alle gerettet. Die Feuerwehr war sofort zur Stelle. Dank ihres Eingreifens wurde der Brand auf den Dachstuhl beschränkt. Die Ursache der Entzündung des Feuers ist unbekannt.

**Aus Bonn, 11. Mai,** wird uns geschrieben: Wie die Zeiten sich ändern und mit ihnen die Menschen, insonderheit die Herren, die die preussische Regierung zu vertreten den amtlichen Beruf haben! Ein neues erzbischöfliches Konflikt für katholische Theologie-Studierende ist hier selbst wieder entstanden und in voriger Woche feierlich seiner Bestimmung übergeben worden. An der Feier scheinen mehr staatliche Beamte und städtische Vertreter als kirchliche Würdenträger theilgenommen zu haben, u. A. der Universitätsrektor Geh. Oberregierungsath Straßburger, Landrath v. Sandt, Bürgermeister Spritzius, mehrere Universitätsprofessoren (Theologen) und Stadtverordnete. Beim Festessen ließ der rector magnificus der Universität die Studirenden der katholischen Theologie hochleben und felerte dabei namentlich den seligen Albertus Magnus; der Universitätsrektor toastete auf das Zusammenwirken der Universität und des Konvikts. Die kirchlichen Blätter berichten über den Akt, der ihnen zu so hoher Genugthuung gereichen kann, in einer Weise, als ob es sich um Gleichgültiges oder Selbstverständliches handle.

**Stuttgart, 12. Mai.** Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ meldet: Der Kriegsminister General v. Steinheil ist auf sein Ansuchen wegen leidender Gesundheit unter Anerkennung der geleisteten Dienste der Verwaltung des Kriegsdepartements entbunden worden; es ist demselben der Abschied mit der gesetzlichen Pension bewilligt worden. Der Kommandeur der 30. Division General-Lieutenant Frhr. Schott v. Schottenstein ist zum Kriegsminister ernannt. Der König erließ an den General v. Steinheil ein warmes Dankschreiben und beschenkte denselben mit seinem Portrait unter dem Ausdruck seiner vollen Anerkennung.

**München, 12. Mai.** Nach einer Meldung der „Neuesten Nachr.“ wies der hiesige Erzbischof den Gesamtklerus der Erzdiözese an, sich bei Testamentsaufstellungen jeder Mitwirkung, Einmischung und Rathberthung zu enthalten.

**Dresden, 12. Mai.** Wie der „Frankf. Ztg.“ von hier geschrieben wird, hat auch der Ausschuß des konservativen Vereins für den dritten sächsischen Reichstagswahlkreis den Beschluß gefaßt, den Kampf gegen das Judenthum mit allen Kräften aufzunehmen und zu unterstützen.

## Parlamentarische Nachrichten.

**L. C. Berlin, 12. Mai.** Die Kommission für den Gesetzentwurf betr. die Gehälter der Lehrer an nichtstaatlichen höheren Lehranstalten hat mit 11 gegen 9 Stimmen den § 2 der Vorlage gestrichen, so daß sämtliche Anstalten verpflichtet werden, Dienstalterszulagen zu gewähren. Der Finanzminister bekämpfte diesen Beschluß; der Staat könne die Gemeinden nicht zwingen, den Lehrern das zu bewilligen, was er nicht einmal den Beamten gewähren könne. Die Kommission beschloß ferner, daß die Staatszuschüsse für die bisher schon subventionirten Anstalten entsprechend erhöht werden und daß zunächst der Staat allen bisher nicht subventionirten leistungsunfähigen Kommunen staatliche Unterstützung zur Durchführung des Gesetzes gewähre; später aber die Unterstützung auf diejenigen Anstalten beschränke, die ein öffentliches Interesse haben. Der Reg.-Kommissar hatte erklärt, der Staat könne nur zwei Drittel der Kosten des Gesetzes übernehmen.

**L. C. Berlin, 12. Mai.** An der Erledigung des Tertiärbahngesetzes in dieser Session hält nach einer Erklärung des Finanzministers die Regierung fest. Damit wird der Schluß der Session vor Pfingsten unmöglich.

## Rußland und Polen.

**Petersburg, 10. Mai.** [Original-Bericht der „Pos. Ztg.“] Gleichzeitig mit Meldungen von der theilweise sich verschlimmernden Lage in den Nothstandsbezirken laufen nun Nachrichten hier ein, die für die Zukunft beunruhigend sind. So leiden gegenwärtig nicht weniger als sechs Gebiete in der Nothstandsgegend an einer großen Dürre, diese sind Selez, Pensa, Poltawa, Woronesch, Kursk und Tambow. In den letzteren Gouvernements wurden jüngst öffentliche Gebete um Regen unter Btheiligung von Volksmengen abgehalten. Insbesondere aus Selez, Pensa und Poltawa wird mitgetheilt, daß dort Weizenfelder stellenweise haben umgepflügt werden müssen und daß man Roggen durch Kartoffeln ersetzt hat. (Vergl. die offiziellen Telegramme des Wolff'schen Bureaus. Wir haben allen Grund, die weniger schönfärberischen Angaben unseres Korrespondenten für richtig zu halten. D. Red.) Die Witterung in all den erwähnten Gegenden zeige eine verhängnißvolle Unveränderlichkeit. Man meint, daß, wenn in den unter der Dürre leidenden Gegenden in verhältnismäßig kurzer Zeit kein Regen fällt, die Ausaat verloren sei. Besser, indessen lange nicht befriedigend, seien die Ernteausichten in den Gouvernements Cherson und Bessarabien, mit geringen Ausnahmen aber befriedigend in Podolien und Bolyunien. Im Nishni-Nowgorod'schen Gouvernement nimmt die Typhus-Epidemie eine erschreckende Dimension an. Es wird aus der Stadt Nishni-Nowgorod ein Bevollmächtigter nach Moskau begeben, um eine Abkommandirung einer möglichst großen Anzahl von Studirenden der medizinischen Fakultät in das Gouvernement zur Bekämpfung der Seuche zu erwirken. Auch im Samara'schen Gouvernement herrsche der Typhus stark. Die Sterblichkeitsziffer übertreffe die Durchschnittszahl der früheren Todesfälle um das Vierfache. — Gegen die Dürre will man in Zukunft durch Felderberieselung ankämpfen. Ein Berieselungsprojekt hat der Generalleutnant Annenkow ausgearbeitet und dem Ministerium des Innern vorgelegt. Zur Wasserbeschaffung werden dem Projekt zufolge im Winter anzulegende Schneevorräthe benutzt und die Kosten der Berieselung werden sich auf zwei Rubel 75 Kop. pro Dessjatine stellen. Die Akademie der Wissenschaften soll das Annenkow'sche Projekt gutheißen.

## Aus dem Gerichtssaal.

\* **Berlin, 10. Mai.** [Prozeß Polke.] Die Sitzung wird durch den Landgerichtsdirektor Barschdorff eröffnet. Der Staatsanwalt hat mitgetheilt, daß er nach Genehmigung des Landgerichtspräsidenten den Untersuchungsrichter Assessor Appel zum Freitag geladen habe, zur Aufklärung von Widersprüchen in den Aussagen der Zeugen Silbergleit und Binterber und daß er auch diese beiden Zeugen geladen habe. Rechtsanwalt Dr. Friedmann: Dann muß ich auch den Zeugen Güslaff vernehmen zur Befundung darüber, welcher Art die Unterhaltungen und Unterhandlungen gewesen sind, welche die Zeugen mit dem Untersuchungsrichter gehabt haben. Wir bitten zugleich um Auskunft, ob der Herr Präsident wünscht, weitere Beweismittel zu hören, welche die Vertheidigung dem Untersuchungsrichter, da derselbe ja nun einmal geladen ist, vorlegen muß. — Der Präsident spricht einen diesbezüglichen Wunsch aus. — Rechtsanwalt Dr. Friedmann: Entgegengeleitet der selbstbewußten und nach Schaffung der nötigen Unterlagen unter Mitwirkung der Vertheidigung hier vor dem Kollegium erfolgenden Vernehmungen haben in der ersten Zeit alle Vernehmungen vor dem Untersuchungsrichter darunter zu leiden gehabt, daß die Behörde nicht recht wußte, worauf sie eigentlich hinaus sollte. — Der Präsident bittet, sich der möglichsten Rücksicht auf die Stellung des Untersuchungsrichters und der Behörde überhaupt zu befleißigen. Rechtsanwalt Dr. Friedmann: Gerade um das Ansehen des Gerichts in feiner Weise zu schädigen, haben wir von der Vorladung des Untersuchungsrichters Abstand genommen. Wenn der Staatsanwalt den Untersuchungsrichter trotzdem zittet, müssen wir sagen: Als auf die vagen Beschuldigungen Hamschers die Verhaftung des Angeklagten erfolgte, hat sich Monate lang die Untersuchung über alle möglichen Sachen erstreckt, von Germania-Schiffbau, Ostens-Bauausführungen, bis sie allmählig bei der Façonachmiede anlangte. Polke selbst ist 2 1/2 Monate gar nicht vernommen worden. Zahlreiche Fragen auf Grund des Materials, welches jetzt vorliegt und unter Beihilfe der Vertheidigung geschaffen worden ist, aber auch dem Untersuchungsrichter vorlag, weil das gesammte Material beschlagnahmt worden war, konnten damals an die Zeugen nicht gerichtet werden und sind nicht gerichtet worden. Wir müssen also den Untersuchungsrichter ausführlich darüber hören, in welcher Weise er überhaupt die Voruntersuchung geführt hat, welche Ziele er verfolgt hat und wie mit jedem einzelnen Zeugen verfahren worden ist. Staatsanwalt: Zum zweiten Male behauptet der Vertheidiger, daß Polke auf die Denunziation des Hamscher hin verhaftet sei. Ich habe schon beim ersten Male versichert, daß dies nicht zutreffend sei und muß annehmen, daß die erneute Behauptung der Vertheidigung wider besseres Wissen aufgestellt sei. — Rechtsanwalt Dr. Friedmann: Es wird der Vertheidigung schwer, in diesem Prozeß angesichts solcher Bemerkungen der Staatsanwaltschaft immer das rechte Wort zu finden. Es widerspricht meinem Gefühl, darauf zu antworten. Es genügt mir, zum Beweise, daß Herr Max März in Stettin in Bezug auf die Denunziation eine Art Zwillingbruder von Herrn Hamscher ist, auf den

Schlußpunkt der Denunziation hinzuweisen, in welcher es heißt: Ich versichere noch, sämtliche Angaben, von allen denen mir Hamacher versichert, daß sie voll und ganz auf Wahrheit beruhen, nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben. — Es wird Johann der Zeuge Kaufmann Albert Schmidt vernommen. Derselbe giebt zu, zwei Jahre lang Abonnent des Börsen-Journals bzw. Börsen-Journals gewesen zu sein. Er hat an Finkharts 20 Proz. verdient, ebenso bei seinem ersten Geschäft mit Façon-schmiede-Aktien im Jahre 1889 einen Kursgewinn von 15 Proz. eingeholt und einen Verdienst von 1200 M. dabei gemacht, im Februar 1890 abermals Façon-schmiede zu 185 Proz. gekauft und einen Kursgewinn von 10 1/2 Proz. genossen und fühlt sich nun dadurch geschädigt, daß er dann noch einmal Façon-schmiede-Aktien gekauft hat, welche von 189 1/2 auf 130 zurückgingen. Er würde, wenn er die in seinem Besitze noch befindlichen Papiere heute verkaufen müßte, über 60 Prozent verlieren. Der Zeuge gehört zu der Gruppe von Personen, welche sich auf den von der Staatsanwaltschaft in den Zeitungen erlassenen Aufruf gemeldet haben. Er will durch die empfohlenen Notizen im Börsen-Journal zum Ankauf der Aktien veranlaßt worden sein und hat seine Geschäfte nicht bei dem Angeklagten, sondern bei der Nationalbank für Deutschland gemacht. Auf Befragen der Verteidigung giebt der Zeuge zu, daß er beim Untersuchungsrichter keine Gelegenheit gehabt habe, mitzuwirken, daß er vorher schon zweimal Façon-schmiede gekauft hatte, da ihn der Untersuchungsrichter nicht darnach gefragt habe.

Andere Zeugen sind augenblicklich nicht zur Stelle und es wird daher mit der Verlesung der noch rückständigen brieflichen Anfragen der verschiedensten Personen über Kurse und Ausfichten der Façon-schmiede fortgefahren. Bei einzelnen dieser Schreiben legt Rechtsanwalt Dr. Friedmann sofort das Abonnement-Kontrollbuch des Angeklagten zum Beweise dafür vor, daß diese Anfragen den fortgesetzten Abonnenten des Börsen-Journals waren. — Staatsanwalt: Ich muß wissen, ob der Gerichtshof der Ansicht ist, daß die Privat-Abonnementsbücher des Angeklagten für den Gerichtshof als beweiskräftig gelten sollen. — Präsident: Der Gerichtshof glaubt dem Herrn Staatsanwalt eine Antwort nach dieser Richtung hin nicht schuldig zu sein. — Staatsanwalt Walke: Ich meinerseits kann nicht ohne Weiteres ein Privatbuch des Angeklagten als beweiskräftig ansehen, denn ich weiß nicht, ob nicht dies Buch ebenso ad hoc fabriziert ist, wie ein Theil der Briefkasten-Notizen, und beantrage, die sämtlichen Zeugen persönlich zu vernehmen, da ich behaupte, daß diejenigen nicht Abonnenten waren. — Rechts-Anwalt Dr. Friedmann: Ich bitte, den Antrag des Staatsanwalts abzulehnen, denn Jeder, der bei diesem Prozeß zu thun hat, hat doch wohl ein gleiches Interesse daran, daß der Staats-tasse nicht zu viel Kosten unnütz aufgebürdet werden. Ich gebe anheim, event. den Buchhalter des Angeklagten, welcher das Post-Buch geführt hat, als Zeugen zu laden. — Der Gerichtshof zieht sich zur Berathung zurück und lehnt den Antrag des Staatsanwalts ab, weil es sich nur darum handeln fest-zustellen, ob Anfragen bezüglich der Façon-schmiede vorgelegen haben oder nicht. — Staatsanwalt Walke: Ich habe bezüglich aller dieser Briefe meinerseits nie eine Erklärung darüber abgegeben, ob ich dieselben für echt halte. — Präsident: Sie sind doch dem Herrn Staatsanwalt alle vorgelegt worden. — Staats-anwalt Walke: Ich habe aber nie eine Erklärung abgegeben. Ich gebe anheim, die Vorlesung der Briefe so lange auszusetzen, bis der Untersuchungsrichter Assessor Appel vernommen wird. Ich nehme an, daß alle diese Briefe ebenso fabriziert sind, wie die Briefkasten-Notizen. — Präsident: Die Sache hat sich doch so abgepielt, daß Ihnen bei jedem einzelnen Brief, der Ihnen vorgelegt wurde, ein Antrag vorbehalten worden ist. Sie konnten ja bei jedem Briefe Ihre Bedenken äußern. — Staatsanwalt: Ich beantrage, die Briefschreiber sämtlich zum Beweise dajur zu laden, daß sie die Briefe nicht geschrieben haben. — Rechtsanwalt Dr. Friedmann: Die Vertheidigung muß Angesichts dieser Erklärung auf das Bestimmteste betonen, daß es ihr nicht darauf ankommen kann, was der Herr Staatsanwalt annimmt oder nicht annimmt, oder was derselbe für unüberänderliche falsche Anschauungen hat, sondern nur darauf, was das Gericht in seiner ihm vorbehaltenen freien Beweiswürdigung annimmt. Es ist doch kaum möglich, in der vom Herrn Staatsanwalt beliebten Weise noch weiter zu verhandeln und durch ihn die Verhandlung in dieser Weise beeinflussen zu lassen. Wir müssen doch beanspruchen, daß gegen den Angeklagten zunächst zu verfahren wird, wie in jedem anderen Prozesse, daß man zunächst einmal den Menschen, den man vor sich hat und der unbestraft ist, für einen anständigen Menschen hält, und daß es Aufgabe des Staatsanwalts ist, eine etwaige Schuld zu beweisen. In diesem Prozeß sind die Kosten vertauscht worden und die Vertheidigung hat, da sie nicht bloß die Freiheit, sondern auch die Ehre des Angeklagten retten will, die Rolle übernommen, nicht bloß die Annahmen des Staatsanwalts als irrig nachzuweisen, sondern auch den Beweis der Unschuld des Angeklagten zu führen, obgleich, wie gesagt, dem Staatsanwalt der Beweis der Schuld obliegt. Bei der musterhaften Ordnung, welche in den Skripturen des Angeklagten herrscht, wäre es doch ein Leichtes, Stichproben zu machen und sofort aus dem Kopibuche die Antwort darauf und die entsprechende Briefkastennotiz herauszufinden. Als ich gelegentlich von Obstruktion sprach und der Herr Vorsitzende dies rügte, habe ich vorsichtiger Weise von objektiver Obstruktion gesprochen; diese würde nun zweifellos eintreten, wenn jetzt dem Antrage des Staatsanwalts stattgegeben würde. Das Kollegium wird daher von der Vertheidigung aufs Innigste gebeten, diesen und anderen ähnlichen Anträgen des Staatsanwalts gegen-über nicht zu vergessen, daß Sie die entscheidende Behörde sind, welcher die freie Beweiswürdigung zusteht. — Staatsanwalt Walke: Der Herr Vertheidiger hat davon gesprochen, daß ich die Verhandlung beeinflussen würde. Ich muß das als ungehörig zurückweisen. Er hat weiter gesagt, daß man den Angeklagten für einen anständigen Menschen zu halten hat, dem man Alles glauben müsse. Ich erkläre, daß ich inhaltlich der Schriftstücke der Ver-handlung die gegentheilige Auffassung von dem Charakter des An-geklagten erhalten habe. — Rechtsanwalt Dr. Friedmann: Was die erste Erklärung betrifft, so meine ich, daß sorgfältiger, wie durch unseren Herrn Vorsitzenden, wohl kaum über die Fehrlhaltung jeder Ungehörigkeit gemacht werden kann. Das von mir gebrauchte Wort „beeinflussen“ hat der Staatsanwalt offenbar ebenso miß-verstanden, wie das „Einwirken auf den Kurs“, welches er dem Angeklagten vorwirft. Was den zweiten Punkt betrifft, so habe ich nicht davon gesprochen, ob der Staatsanwalt den Angeklagten für einen anständigen Menschen hält; das ist für uns ohne alle Bedeutung, uns kommt es nur darauf an, was das Kollegium von dem Angeklagten hält. — Der Gerichtshof beschließt, zunächst den Untersuchungsrichter zu vernehmen. — Gerichtsassessor Appel, 29 Jahre alt, erklärt, daß er zweimal Beschlagnahmen von Shannon-Registern bei dem Angeklagten habe vornehmen lassen. Im Ganzen seien 23 Shannon-Register beschlagnahmt gewesen, er glaube aber, daß Briefe aus der eigentlich kritischen Zeit nicht dabei waren, sondern nur Briefe aus 1891. Im Einzelnen könne er nicht wissen, welche Briefe ihm vorgelegen haben, wenn er auch bei verschiedenen die Handschrift wiedererkenne. — Präsi.

welchen Zweifel darüber, daß die Briefe, welche sich in den Shannon-Registern befanden, echt waren? — Zeuge: Nein. — Rechtsanwalt Dr. Friedmann: Herr Assessor Appel, Sie haben in der Voruntersuchung mehrmals dem Angeklagten Papiere anvertraut, zu dem Zweck, Zusammenstellungen u. dgl. zu machen. Ist Ihnen in der ganzen Zeit irgend ein Versuch des Angeklagten, Fälschungen vorzunehmen, vorgekommen, oder den Gang der Unter-suchung zu stören? — Zeuge: Nein, sonst hätte ich ihm die Pa-piere auch nicht anvertraut. — Staatsanwalt Walke: Nach diesem Zeugnis des Untersuchungsrichters muß ich noch mehr annehmen, daß die Briefe aus der kritischen Zeit sämtlich gefälscht sind, und muß bei meinem Antrage verharren, sämtliche Brief-schreiber vorzuladen. — Präsident: Das würde die Vorladung von einigen hundert Personen bedeuten. — Nachdem einige Stichproben gemacht worden, wobei der Zeuge Aaron (ehemaliger Korrespondent des Angeklagten) bestätigt, daß alle die betr. Briefe wirklich eingegangen waren, behält sich der Staatsanwalt die Ladung einiger Zeugen vor. — Hierauf wird die Sitzung auf Freitag vertagt.

### Vermischtes.

† Aus der Reichshauptstadt. Eine öffentliche Versammlung der Arbeitslosen Berlins und Umgegend fand gestern Vormittag im großen Saale der Brauerei Friedrichshain statt. Als Einberufer hatte der jetzige Restaurateur Niemeisched, welcher f. B. den großen Streik in der Krister und Köhmannschen Nähmaschinenfabrik leitete, gezeichnet. Bis 11 Uhr Vormittags hatten sich gegen 1500 Arbeitslose eingefunden. Eröffnet wurde die Versammlung von dem „Unab-hängigen“, Metallarbeiter Fahrwald. Maler Schmelzer hielt hierauf das Referat über die wirtschaftlichen Krisen und die Arbeitslosigkeit. Er beantragte folgende Resolution: „In Er-wägung, daß Reichthum und Besitz der oberen Zehntausend nur auf die Ausbeutung des Proletariats, sowie deren Knechtung auf-gebaut sind; in fernerer Erwägung, daß ganze Strecken von Land brach liegen, fordert die Versammlung der Arbeitslosen von den heutigen Nachtigallern für sofortige Beschäftigung Sorge zu tragen. Sie erklart in den reformatorischen Bestrebungen der Parlamente nur eine Verzögerung der gerechten Forderungen des Proletariats. Aus diesem Grunde klammert sie sich auch nicht an die Zukunft, sondern ist auch entschlossen, durch ihren eigenen Willen eine Um-gestaltung der bestehenden Verhältnisse auf möglichst schnellem Wege herbeizuführen.“ — Nach Verlesung der Resolution erhob sich der überwachende Polizeileutnant und erklärte, daß er, sobald er in Redner auf den letzten Passus der Resolution eingehen würde, sofort die Versammlung auflöse. Der Unabhängige wies darauf hin, daß die Resolution ohne weitere Debatte abzustimmen. Als der Vorsitzende diesem Antrage stattgeben wollte, erfolgte die Auf-lösung der Versammlung auf Grund des Gesetzes vom 11. März 1850. Die Versammelten erhoben zwar den Ruf: Gebt uns Brot für unsere Familien! verließen aber alsdann ohne weiteren Tumult den Saal. Draußen wurden dieselben durch ein starkes Polizeiaufgebot unter Kommando des Polizei-Hauptmanns alsbald zerstreut.

† Zur Verhaftung Jägers. Das Frankfurter Rothschild'sche Bankhaus erhielt die erste Kunde von der Verhaftung Jägers am Dienstag Abend seitens des Londoner Rothschild'schen Hauses, das zu dem Ganzen gratulirte. Nach den Informationen der „Frankf. Ztg.“ beziffert sich der bei dem Verhafteten vorgefundene Betrag auf 500,000 Mark; das wäre nicht der größere, sondern ein kleinerer Theil des bestraubten Geldes. Die Mitverhaftete wird als eine Frau Voh, weder jung, noch hübsch, bezeichnet. In den Kreisen der Frankfurter Staatsanwaltschaft besteht kein Zweifel an der Auslieferung Jägers durch die ägyptischen Behörden.

### Telegraphische Nachrichten.

Leipzig, 12. Mai. Gestern Morgen hat ein Duell zwischen einem Studenten, der Reserveoffizier ist, und einem Offizier stattgefunden; der Student ist schwer, der Offizier leicht verwundet worden.

Wien, 12. Mai. Wie mehrere Blätter melden, haben der Präsident des Jockey-Klubs Graf Oswald Thun und der Vize-Präsident Fürst Auerberg ihre Stellungen niedergelegt.

Wien, 12. Mai. Nach einer Mittheilung der „Presse“ wür-den an den Finanzgeschäften der österreichisch-ungarischen Monarchie weder das Pariser noch das Londoner Haus Rothschild theilnehmen. Bei der Konversion erkläre sich dies daraus, daß der neue Titel, obgleich auf Kronen lautend, erit durch die wirkliche Aufnahme der Baarzahlungen den metallischen Charakter erhalte und daß die genannten Konferten an der Emission von Papiertiteln bisher nie theilgenommen hätten. Hinsichtlich der eigentlichen Valutaanleihen aber schienen lokale Rücksichten maßgebend zu sein, da es sich in letzter Linie doch um die Entziehung von Gold aus dem Reservoir der westlichen Plätze handele. Unter diesen Umständen sei Paris und London bei den gedachten Geschäften keine direkte Rolle zu-gedacht. Die Operationen würden sich der Hauptsache nach auf Oesterreich-Ungarn und Deutschland beschränken.

Pardubitz, 12. Mai. Von 500 Arbeitern, welche gestern bei der Flutzregulirung in Sesemitz Arbeit suchten, solche aber nicht erhielten, drangen etwa 60 in einen Krämerladen ein, er-zwangen die Hergabe von Branntwein, Tabak und Geld und flüchteten sodann. Die Gensdarmarie verfolgte dieselben und verhaftete die Räubersführer.

Wien, 12. Mai. Der Staatskassenausweis für das erste Quartal 1892 weist an Einnahmen insgesammt rund 93 1/2 Millionen Fl., an Ausgaben insgesammt 117 Millionen Fl. auf. Sonach stellen sich die Einnahmen um 6 1/10 Millionen, die Ausgaben um 13 Millionen höher als in der gleichen Periode des vorigen Jahres.

Wien, 12. Mai. Hier umlaufende Gerüchte über ein gegen die elektrische Straßenbahn gerichtetes Dynamitattentat sind darauf zurückzuführen, daß auf die Schienen eine Blechbüchse mit zehn kleinen Kapseln niedergelegt war, welche unter dem Gewichte der Räder platzte. Eine gleiche Blechbüchse wurde heute morgen an einer Straßenecke gefunden. Es handelt sich vermutlich um einen Iudensstreich, da die Blechbüchse einen einfachen Signalapparat darstellt, wie er auf Eisenbahnen in Fällen der Gefahr ver-wendet wird.

Paris, 12. Mai. Der Ministerrath beschloß, daß der Conseilpräsident Loubet als Vertreter der Regierung der Ver-erdigung des Restaurateurs Vory beimohnen und bei der Feier eine Rede halten solle. — Der Papst hat den Mitgliedern des gegenwärtig hier tagenden katholischen Kongresses aufs Neue empfohlen, sich den Vorschriften der letzten Enchiklika zu unterwerfen.

Paris, 12. Mai. Der jüngst freigesprochene Anarchist Beala und dessen Geliebte Soubert sind wegen Verdachtes der Theilnahme an dem von Ravachol in Chambles begangenen Verbrechen wieder verhaftet worden.

Madrid, 12. Mai. Der Ministerrath stimmte in seiner heutigen Sitzung der Entscheidung des Staatsrathes bezüglich der Aufhebung des mit der Schiffsbau-Aktien-Gesellschaft von Nervion abgeschlossenen Kontraktes sowie der Bestimmung dieser Werften durch den Staat zu; außerdem wurde beschlossen, den Arbeitern auf den Werften am Freitag und Sonnabend den halben Tages-lohn zu zahlen und die Arbeiten am Montag beginnen zu lassen.

Lüttich, 12. Mai. Die Arbeiterpartei beschloß in einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung unter Protest gegen die Parteilichkeit der Behörden, auf die für nächsten Sonntag beabsichtigt gewesene Kundgebung bei Gelegenheit der Prozession nach der Kathedrale zu verzichten.

London, 12. Mai. Ein Bericht der „Köln. Volksztg.“ von hier stellt das baldige Erlöschen des Streiks der Bergleute in Dur-ham und Cumberland in Aussicht. Die Arbeiter würden in eine Lohnreduktion von 12 1/2, resp. 15 Proz. einwilligen müssen.

London, 12. Mai. Bei der gestrigen Wahl in North Hackney, Ost-London, wurde der Unionist Bousfield mit 4460 Stimmen gegen den Gladstoneaner Meates, welcher 3491 Stimmen erhielt, gewählt. Den Sitz hatte früher ein Konservativer, der verstorbene Sir Lewis Bell, inne.

Sofia, 11. Mai. Heute wurde hier ein Rumäne Namens Caccart unter dem Verdachte verhaftet, in hervorragender Weise an der russischer Bomben-Affaire theilhaftig gewesen zu sein. — Kizow ist heute unter Gensdarmarie-Eskorte an die russische Grenze gebracht worden.

### Meteorologische Beobachtungen zu Vosen im Mai 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
12. Nachm. 2	761,9	NO stark	heiter	+ 15,1
12. Abends 9	765,3	NO stark	heiter	+ 9,9
13. Morgs. 7	765,0	NO stark	heiter	+ 7,7

Am 12. Mai Wärme-Maximum - 15,5° Cels.  
Am 12. = Wärme-Minimum + 4,6° =

### Wasserstand der Warthe.

Vosen, am 12. Mai Morgens 1,38 Meter.  
= = 12. = Mittags 1,38 =  
= = 13. = Morgens 1,32 =

### Telegraphische Börsenberichte. Fonds-Kurie.

Breslau, 12. Mai. Fest.  
Neue 3 Proz. Reichsanleihe 85,75, 3 1/2 Proz. L.-Fandbr. 97,06, Koniol. Türken 20,25, Türk. Loose 81,80, 4 Proz. ung. Goldrente 93,50, Bresl. Diskontobank 94,00, Breslauer Wechselbank 95,00, Kreditaktien 170,35, Schlef. Bandbreiten 110,50, Donnerstagsmarkt 79,25, Flöthner Maschinenbau —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft, für Bergbau u. Hüttenbetrieb 116,50, Oberschlef. Eisenbahn 54,50, Oberschlef. Portland-Zement 85,75, Schlef. Cement 118,00, Dypell. Zement 90,50, Schl. D. Zement —, Kramsta 124,00, Schlef. Zinkaktien 192,50, Laurahütte 110,65, Vereini. Oelfabr. 84,75, Oesterreich. Banknoten 170,66, Russ. Banknoten 214,55, Gieseler Cement 90,50.

Frankfurt a. M., 12. Mai. (Schlußkurse.) Fest.  
Lond. Wechsel 20,425, 4 Proz. Reichsanleihe 106,65, österr. Silber-rente 80,90, 4 1/2 Proz. Papierrente 81,20, do. 4 Proz. Goldrente 95,10, 1860er Loose 125,40, 4 Proz. ung. Goldrente 93,50, Italiener 90,0, 1880er Ruffen 95,00\*, 3. Orientanl. 69,30\*, unifiz. Egypter 98,85, lomb. Türken 20,35, 4 Proz. türk. Anl. 84,90, 3 Proz. port. Anl. 28,30, 5 Proz. serb. Rente 80,20, 5 Proz. amort. Rumänier 97,90, 6 Proz. Koniol. Mexik. 84,90, Böhm. Westb. 302, Böhm. Nordbahn 153,40, Franzosen 247 1/2, Galtzer 181 1/2, Gotthardbahn 136,10, Lombarden 75 1/2, Lübeck-Wüchen 145,00, Nordwestbahn 179 1/2, Kreditaktien 272 1/2, Darmstädter 138,70, Mittelb. Kredit 97,20, Reichsb. 148,70, Dis-kommandit 193,10, Dresdner Bank 142,30, Pariser Wechsel 81,133, Wiener Wechsel 170,45, serbische Tabaksrente 81,30, Bodum. Guß-stahl 118,50, Dortmund. Union 57,00, Harpener Bergwerk 144,80, Hibernia 115,40, 4 Proz. Spanier 62,50, Ratnzer 110,90.  
Privatdiskont 1 1/2 Proz. \* per comptant.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 272, Dis-kommandit 192,60, Bochumer Gußstahl —, Harpener 144,80, Lombarden —, Staatsbahn —, Nordb. Lloyd —, Türken —.

London, 12. Mai. (Schlußkurse.) Fest.  
Engl. 2 1/2 Proz. Consols 97 1/2, Breuß. 4 Proz. Consols 105 1/2, Italien. 5 Proz. Rente 90 1/2, Lombarden 8 1/2, 4 Proz. 1889 Ruffen (I. Serie) 95 1/2, lomb. Türken 20 1/2, österr. Silber. 80, österr. Goldrente 93, 4 Prozent ungar. Goldrente 93, 4 Prozent. Spanier 62 1/2, 3 1/2 Proz. Egypter 91 1/2, 4 Proz. unifiz. Egypter 97, 4 Proz. gar. Egypter —, 4 1/2 Proz. Tribut-Anl. 96 1/2, 6 Proz. Mexikaner 85 1/2, Ottomanbank 13 1/2, Suezaktien —, Canada Pacific 92 1/2, De Beers neue 13 1/2, Blackstont 1.

Rio Antio 16 1/2, 4 Proz. Rupees 69 1/2, 5 Proz. Argent. Gold-Anleihe von 1886 75, Argentin. 4 1/2 Proz. äußere Goldanleihe 39, Neue 3 Proz. Reichsanleihe 84 1/2, Silber —.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,54, Wien 12,11, Paris 25,30, Petersburg 24 1/2.

Petersburg, 12. Mai. Wechsel auf London 95,00, Russische II. Orientanleihe 102 1/2, do. III. Orientanleihe 103 1/2, do. Bank für auswärtigen Handel 258 1/2, Petersburger Diskontobank 500, Bar-schauer Diskontobank —, Petersb. internat. Bank 444, Russ. 4 1/2 Proz. Bodenkredit-Fandbriefe 147, Große Russ. Eisenbahn 244, Russ. Südwestbahn-Aktien 117, Privatdiskont 4.

Rio de Janeiro, 11. Mai. Wechsel auf London 11 1/2.  
Buenos-Ayres, 11. Mai. Golbagio 231.

### Produkten-Kurie.

Köln, 12. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 21,50, do. fremder loco 22,00, per Mai 19,50, per Juli 19,10. Roggen hiesiger loco 20,50, fremder loco 22,00, per Mai 19,50, per Juli 18,90. Hafer hiesiger loco 15,00, fremder —, —, Hafer loco 56,00, per Mai 54,50, per Oktober 54,60. — Wetter: Schön.

Bremen, 12. Mai. (Kurse des Effekten-u. Makler-Veretns. 5 Proz. Nordb. Willkammerel- und Rammgaru- u. Spinnerel-Aktien 133 1/2, Gd., 5 Proz. Nordb. Lloyd-Aktien 104 1/2, Gd.

Bremen, 12. Mai. (Börsen = Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumbörse.) Faß-zollfrei. Still. loco 5,75 Wl.

Baumwolle. Ruhig. Upland middl. loco 38 1/2, Pf., Upland Pakis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung, Mai 38 Pf., Juni 38 Pf., Juli 38 1/2 Pf., August 39 Pf., Sept. 39 1/2 Pf., Oktober 39 1/2 Pf., Bf.  
Schmalz. Ruhig. Wilcox 35 Pf., Armour 34 1/2, Pf., Rob's — Pf., Fairbank 30 Pf.

Wolle. 95 Ballen Cap, — Ballen Austral, 12 Ballen Kämmel. — Ballen Buenos-Ayres, — Ballen Natal.

Speck hort clear middl. Besser. 33 1/2, Br.  
Hamburg, 12. Mai. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holl. loco neuer 196—205. — Roggen loco fest, mecklenb. loco neuer 190—215, russ. loco fest, neuer 180—185. — Hafer fest. — Gerste

